

**Kurzantwort auf die Appellationsbegründung (AZ: ZKAPP.2004.24)
von Prof. Dr. Furrer vom 26. Mai 2004**

1. Prof. Dr. Furrer stellt die Gegensätzlichkeit der beiden Klagen verfälschend dar.

Beide Klagen richten sich gegen die gegenwärtige selbständige vereinsrechtliche Existenz der am 28. Dezember 1923 neubegründeten Anthroposophischen Gesellschaft (WTG). Sie berufen sich beide auf das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Riemer, wobei in diesem zwei mögliche Begründungen für das Verschwinden der WTG gegeben werden. Die erste Begründung geht von einer konkludenten Beseitigung und Ersetzung der WTG durch die AAG aus. – Dieser Begründung ist die vorliegende Klage gefolgt unter der Konkretisierung, dass keine selbständigen Aktivitäten der WTG spätestens seit Dezember 1925 mehr feststellbar waren.

Die von Dr. Thaler vertretene Klage ist der zweiten Begründung von Prof. Dr. Riemer gefolgt, in der dieser von einer konkludenten Fusion der WTG in die AAG ausgeht. Dieser Begründung ist auch das Gericht gefolgt und zwar unter dem ausdrücklichen Hinweis: „Es [das Gericht] vertritt vielmehr die Auffassung, dass die WTG in die AAG fusioniert worden sei und stimmt damit mit Professor Riemer überein, der dies als den logischsten Erklärungsansatz für das Verschwinden der WTG bezeichnet ...“ (S. 15 der Urteilsbegründung zum vorliegenden Klageverfahren DTZAG.2003.9).

Wenn auch in der vorliegenden Klage die Begründung für das Verschwinden der WTG sich von der Begründung des Gerichts in dem genannten Punkt unterscheidet, so bleibt doch in beiden Klageverfahren das Ergebnis dasselbe, dass nämlich die WTG vereinsrechtlich als selbständiger Verein aufgehört hat zu existieren. Auch der Hauptteil der Begründung bleibt in beiden Klageverfahren derselbe, dass nämlich **im Vorstand, wie in der Mitgliedschaft über die Jahrzehnte stets nur von der Existenz einer einzigen Gesellschaft ausgegangen wurde, nämlich der der AAG, deren Statuten auch die einzig rechtsverbindlichen waren.**

Ebenso begründet gemeinsam in beiden Verfahren die durch die Versammlungen vom 28./29. Dezember 2002 hervorgerufene Rechtsunsicherheit, in Bezug auf die Möglichkeit einer Fusion der seit Jahrzehnten bestehenden AAG in das neu konstituierte Konstrukt „Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft (Weihnachtstagung)“, einen Teil des rechtlichen Interesses an der negativen Feststellungsklage. Es besteht nämlich die Gefahr, dass die seit Jahrzehnten unbestritten vereinsrechtlich korrekt bestehende AAG in ein vereinsrechtlich unrechtmäßig zustande gekommenes Konstrukt hineinfusioniert wird.

Die beiden Klagen unterscheiden sich somit in ihren rechtlichen Konsequenzen, wie auch im Konstatieren des rechtlichen Verhaltens von Vorstand und Mitgliedschaft seit Jahrzehnten – nämlich gemäß der **Existenz nur einer rechtlich bestehenden Körperschaft: AAG - nicht.**

2. Prof. Dr. Furrer stellt die Beweggründe der Kläger falsch dar.

Den Klägern geht es im vorliegenden Verfahren nicht um die Durchsetzung bestimmter Gestaltungswünsche oder um Verwirklichung von Partikularinteressen.

Es geht den Klägern im vorliegenden Verfahren um die gerichtliche Feststellung von jahrzehntelang bestehenden Rechtstatsachen, dass nämlich vom Vorstand sowie von der Mitgliedschaft in den vergangenen Jahrzehnten gemäß der Auffassung gehandelt wurde, dass die **Mitglieder einer einzigen Körperschaft, nämlich der AAG**, angehören, und dass **rechtsverbindlich ausschließlich gemäß den Statuten der AAG** gehandelt wurde. - Die durch die Versammlungen vom 28./29. Dezember 2002 behauptete Doppelmitgliedschaft hat zu einer Rechtsunsicherheit den Mitgliedschaftsstatus betreffend geführt, der durch die angekündigte Fusion der AAG in das neu konstituierte Konstrukt für die Kläger den Verlust ihrer Mitgliedschaft bedeuten würde, da ihre vorgebliche Mitgliedschaft in einem zweiten Verein, in den nun also die AAG hineinfusioniert werden soll, **niemals rechtsverbindlich bestätigt** wurde, da auch dessen rechtliche Existenz nicht rechtsverbindlich geklärt worden ist. - Diese Rechtsunsicherheit im Vorwege zu beseitigen, haben die Kläger beim Vorstand wiederholt ohne Erfolg angemahnt. - Diese Rechtsunsicherheit kann nach Auffassung der Kläger nur auf gerichtlichem Wege beseitigt werden.

Die vorstehend genannte Rechtsunsicherheit wird durch die in der Appellationsbegründung erneut vorgestellte Theorie von einer einfachen Gesellschaft, die aus zwei Vereinen bestünde, erneut bekräftigt. – Da jahrzehntelang nur von der **Existenz eines einzigen Vereins** sowohl vom Vorstand, wie auch von der Mitgliedschaft ausgegangen wurde, und so **auch nur gemäß den Statuten der AAG** die Mitglieder aufgenommen und geführt wurden, kann nach Auffassung der Kläger nicht im nachhinein behauptet werden, man habe die ganze Zeit die Mitgliedschaft in **zwei** Vereinen innegehabt. – In gewichtigen **Punkten widersprechen die Statuten der AAG denen der WTG**. So sind Ausschlüsse ohne Angabe von Gründen von Mitgliedern und Gruppen **gemäß den Statuten der AAG** erfolgt. Diese Ausschlüsse hatten zur Folge, dass die betreffenden Mitglieder weder das Nachrichtenblatt beziehen, noch an den Veranstaltungen der Gesellschaft teilnehmen konnten, auch konnten die betreffenden Gruppen keine Mitglieder mehr aufnehmen. Hätten die **zwei** Vereine tatsächlich über die Jahrzehnte **nebeneinander** existiert, so hätten die Ausschlüsse nur die **Mitgliedschaft in der AAG**, aber **nicht die in der WTG** betreffen dürfen. Gemäß den **Statuten der WTG** (dort gibt es keinen Paragraphen zum Ausschluss ohne Angabe von Gründen) hätten die betreffenden Mitglieder weiterhin an den Gesellschaftsveranstaltungen teilnehmen, sowie auch das Nachrichtenblatt beziehen können müssen, auch hätten die betreffenden Gruppen weiterhin Mitglieder in die WTG aufnehmen können müssen (gemäß §11 der Statuten der WTG). Beides war aber nachweisbar nicht der Fall [Beweis: Zeugenaussagen von Karin Wilke (geb. Plackmeyer) und Thomas Lohmann]. – Aufgrund der unterschiedlichen Statuten müssten also **auch separate Mitgliederlisten für AAG und WTG existieren**. Diese existieren aber **nicht**. – Ferner wird in der Appellationsbegründung als Beweis für das separate Bestehen der WTG, erneut die so genannte „Freie Hochschule für Geisteswissenschaft“ (FHG) angeführt. Sie sei ein Bestandteil der WTG und eine unmittelbare Fortführung der durch Rudolf Steiner in der Folge der Weihnachtstagung 1923 aufgebauten, Freien Hochschule für Geisteswissenschaft. Dies ist aber innerhalb der anthroposophischen Gesellschaft umstritten. Es ist nämlich bekannt, dass Rudolf Steiner für

die Leitung der von ihm in ihren Anfängen eingerichteten Hochschule keinen Nachfolger ernannt hat. Daraus ist ersichtlich, dass dort eine Lehre im Sinne der von Rudolf Steiner entwickelten Methoden nach seinem Tode weder stattgefunden hat noch beansprucht wurde. Es wird daher innerhalb der Anthroposophenschaft zunehmend in Frage gestellt, dass von einer Kontinuität in dem behaupteten Sinn überhaupt die Rede sein kann. Was nach dem Tode Rudolf Steiners jedoch als Freie Hochschule für Geisteswissenschaft figurierte, wurde als **innerhalb der AAG** stehend angesehen: Wer Mitglied in der FHG werden wollte, musste die **Mitgliedschaft der AAG (Rosa Karte)** haben. Die Angelegenheiten der FHG wurden auch in den letzten Jahren sowohl aufgrund des finanziellen Rahmens als auch inhaltlich **innerhalb der Mitgliederversammlungen der AAG** abgehandelt, wie z.B. das Protokoll der Generalversammlung der AAG von 2003 zeigt.

Durch die nachträgliche Um-Interpretation der historischen Entwicklung der anthroposophischen Gesellschaft und aktuelle Änderung der Statuten der WTG, wird nach Auffassung der Kläger ebenfalls das Vermächtnis Rudolf Steiners, welches er in der Form, die er der WTG mit ihren Statuten zu Weihnachten 1923/24 gab, verfälscht. Dieses aber halten die Kläger für ein schützenswertes Gut. – Da die genannte Um-Interpretation auf öffentlich rechtlichem Wege durch die Eintragung des Konstruktes „Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft (Weihnachtstagung)“ ins Handelsregister erfolgt ist, konnte diese Um-Interpretation eben nicht im vereinsinternen Rahmen geklärt werden, sondern mußte ebenso auf öffentlich-rechtlichem Wege erfolgen durch eine gerichtliche Feststellung.

Juli 2004